

Ukrainekrieg

EU-Gipfel endet ohne neues Sanktionspaket gegen Russland

In Brüssel wollten die Staats- und Regierungschefs neue Sanktionen gegen Russland verabschieden. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico blockierte den Beschluss.

27. Juni 2025, 0:11 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, AFP, Reuters, [als](#)



Demonstranten protestieren während des EU-Gipfels in Brüssel für härtere Sanktionen gegen Russland. © Wiktor Dabkowski/dpa

Die EU muss die Verabschiedung ihres 18. Sanktionspakets gegen Russland [<https://www.zeit.de/thema/russland>] wegen des Widerstands des slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico verschieben. Nötig ist ein einstimmiger Beschluss. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich lediglich darauf, die bestehenden Sanktionen [<https://www.zeit.de/thema/sanktion>] zu verlängern.

Der Vorschlag der EU-Kommission für das 18. Sanktionspaket sieht weitere Maßnahmen gegen einzelne Menschen und Organisationen sowie gegen die sogenannte Schattenflotte vor, mit der Moskau das im Zuge des Ukrainekriegs verhängte Öl-Embargo umgeht. **Der Import von russischem Gas soll demnach bis 2027 verboten werden.**

Zudem ist vorgesehen, durch Sanktionen eine mögliche Wiederinbetriebnahme der Gaspipelines Nord Stream 1 und eine Nutzung der Pipelines von Nord Stream 2 [<https://www.zeit.de/thema/nord-stream-2>] **zu verhindern.**

Eine der zwei Röhren von Nord Stream 2 wurde bei einem Anschlag im September 2022 zerstört, ebenso wie die Stränge der bereits genutzten Nord-Stream-1-Pipeline. Beide Pipelines verlaufen durch die Ostsee von Russland [<https://www.zeit.de/thema/russland>] nach Deutschland und könnten Russland im Fall einer Nutzung Milliarden Gewinne durch den Verkauf von Gas ermöglichen.

Fico fordert Zugeständnisse

Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico machte auf dem Gipfeltreffen in Brüssel [<https://www.zeit.de/thema/bruessel>] klar, dass er seine Zustimmung erst geben werde, wenn sein Land Zusicherungen der EU-Kommission bekomme, die die Gasversorgung seines Landes nach 2027 sicherten. Es wird nun mit einem Beschluss auf Botschafterebene kommende Woche gerechnet.

Die EU hat vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine [<https://www.zeit.de/thema/krieg-in-ukraine>] bereits 17 Sanktionspakete gegen Russland beschlossen. In der Vergangenheit hatte Ungarns Regierungschef Viktor Orbán [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-03/viktor-orban-eu-ungarn-ukraine>] wiederholt mit einer Blockade gedroht.

Verfolgen Sie alle Entwicklungen zum Ukrainekrieg in unserem Liveblog [<https://www.zeit.de/politik/ausland/ukraine-krieg-news-liveblog>].